

Nicht „Ausländer“ – Moslems sind das Problem



Ich bin es jetzt endgültig leid. So sehr ich die Bundesrepublik schätze, so sehr ich die Deutschen als (ehemaliges) Kulturvolk schätze, jetzt platzt mir der Kragen. Ich fühle mich diskriminiert. Nein, nicht so, wie der Leser es vermuten würde – ich habe es satt, für dumm gehalten zu werden. Und gerade das ist von staatlicher Seite der Fall.

Zur Aufklärung: Ich bin ein Ausländer. Ich fand in der Bundesrepublik eine neue Heimat, nachdem meine beim jugoslawischen Sezessionskrieg zerbombt wurde. Hier hat man uns sehr geholfen. Die Deutschen waren wirklich super. Sie gaben uns ausreichende finanzielle Unterstützung, bis wir auf eigenen Füßen stehen konnten.

Ich selbst kam nach einem Eignungstest aufs Gymnasium – so wie jeder andere, den ich kannte, der aus meinem Land kam. Ich musste mich dort nicht besonders anstrengen, da das Bildungsniveau in NRW ... naja, sagen wir einfach, ich hatte keine Schwierigkeiten in der Schule. Nun studiere ich. Alles normal.

Nein, nicht alles. Es macht mich langsam wirklich wütend, wie die Politik mit uns umgeht. Sie halten uns alle für zurückgeblieben. Was soll das, Ausländerquoten bei der

Polizei, Schulen, bei der Vergabe von Jobs. Als ob wir dämlicher wären als Deutsche und man uns aus Mitleid einen Job anbietet. Danke, nein! Wir würden es sehr gerne aus eigener Kraft schaffen.

Und jetzt erscheint in der Bild der auch [bei PI veröffentlichte Bericht](#) zur Integration. Die prozentuale Häufigkeit, kriminell oder arbeitslos (oder beides) zu werden, liegt bei 200%, wenn man Ausländer ist. Auch das ist absolut falsch!

Die Wahrheit ist eine andere. Die prozentuale Wahrscheinlichkeit, kriminell oder arbeitslos zu werden, liegt bei 200%, wenn man Türke, Araber, Albaner oder Ähnliches ist. Jeder zweite Türke in Berlin ist arbeitslos. Natürlich zieht das die Gesamtstatistik nach unten, schließlich ist mehr als die Hälfte aller Ausländer dort türkisch. Wenn man die Türken herausrechnet, bleibt zwar immer noch eine etwas höhere Prozentzahl übrig, aber gerade mal um 5-6% – nicht um 200%.

Ich kenne keinen europäischen Ausländer, der arbeitslos wäre, und die Hälfte der Leute, die ich kenne, sind Ausländer. Da war nur ein Pole, den ich um zwei Ecken kenne, der ein halbes Jahr arbeitslos war. Dieser hat aber nun einen Job und gibt sein Geld so gut aus, wie er es kann. Meine türkischen Bekannten sind allerdings zu ca. 60% arbeitslos. Alle Araber, die ich kenne, haben keinen Job. Ich kenne übrigens Leute aus allen Schichten, so dass man mir nicht vorwerfen kann, ich wäre nur im „Arbeitslosenmilleu“.

Ein noch schlimmeres Beispiel? Der Integrationsgipfel. Ganz großes Kino. Da waren NUR moslemische Vertreter, türkische Verbände usw. Warum gab es keine polnische Delegation oder eine serbische oder eine italienische? Scheinbar hat nur ein gewisser Teil der Ausländer Anpassungsschwierigkeiten, wegen denen man einen ganzen „Gipfel“ ausrufen muss.

Die Politik und die Zeitungen müssen langsam mal trennen. Es gibt kein Ausländerproblem hier. Und Ausländer sind nicht

unintegrierbar oder krimineller sowie chancenloser als Deutsche. Das wäre pauschalisierend, so als ob ich sagen würde, dass Deutsche Nazis sind. Das trifft einfach nicht zu.

Die Kriminellen kann man auf folgendes reduzieren: Männlich und Kulturmoslem. Die Arbeitslosen kann man meistens auf Kulturmoslems reduzieren.

Ich weiß, dass das die Politik nicht hören will. Aber langsam muss sich da etwas bewegen in dieser Frage. Ich werde diesen Gastbeitrag leicht abgeändert einigen Zeitungen schicken. Mal sehen, wer diese (wahren) Feststellungen ignorieren wird, und wer nicht.

(Gastbeitrag von Amir)



Islamisch-„integrierte“ Jugend in Österreich



Der Österreichische Rundfunk ORF2 zeigte gestern Abend 22.30 Uhr im Rahmen der

Sendung „[Kreuz und Quer](#)“ eine Dokumentation über das Leben junger Muslime in Österreich, über ihre Moral- und Lebensvorstellungen und ihre Ansichten im Bezug auf das Gastland und seine „ausgrenzenden Rechten“.

In der anschließenden Diskussion, bei der außer dem Moderator Günter Kaindlstorfer ausschließlich Muslime mitmachen durften, gerieten sich Amani Abuzahra, eine fundamental-islamische Studentin von der „[Muslimischen Jugend Österreich](#)“, Islamwissenschaftlerin [Rebaya Müller](#), der Tariq Ramadan-Fan und Soziologe [Mouhanad Khorchide](#) sowie der Politikwissenschaftler [Bassam Tibi](#) über den „Euroislam“, die arabische Sprache und die Koranauslegung in die Haare.

Das Video zur Sendung sehen Sie hier:

[flash <http://de.sevenload.com/pl/kA13L2I/440x350/swf>]

Tatsachen beim Namen nennen



Wie PI [heute morgen](#) bereits berichtete, erschüttert eine neue,

eindeutige Studie zur Integration des Gutmenschtums in unserem Lande. Dabei muss man sich über das einhellige Entsetzen von Medien und Politikern schon wundern. Schließlich bekräftigt die Studie einmal mehr das, was ein jeder von uns in den „Problembezirken“ unserer Städte beobachten kann.

[Mariam Lau von Welt Online](#) nutzt nun die Gunst der Stunde, einmal politisch unkorrekt kommentieren zu dürfen, so lange die Studie noch frisch ist, macht am Ende dann aber doch einen großen Bogen um die nahelegenden Schlussfolgerungen.

Die Zahlen sind niederschmetternd: Auf praktisch jedem Feld, das für den Lebensunterhalt relevant ist, schneiden Zuwanderer doppelt so schlecht ab wie Einheimische. Sie sind doppelt so häufig arbeitslos, beziehen doppelt so häufig staatliche Unterstützung, und sind vor allem doppelt so häufig kriminell, auch brutal kriminell, wie vergleichbare Altersgruppen der Deutschstämmigen.

Aus diesen Zahlen gibt es nur eine Konsequenz: Die Integrationspolitik kann noch so ausgefeilt sein, wenn die Sozialsysteme ein Leben ohne Arbeit stützen, gibt es für viele zu viele keinen Grund, sich anzustrengen. Der Politiker, der das anprangert, löst aber auch bei Deutschen einen Sturm der Entrüstung aus. Wer will das schon, gerade jetzt im Wahlkampf.

Aber hinter diesen Zahlen kommt auch eine Haltung zum Vorschein, die kulturelle Ursachen hat. Viele Migranten verachten die deutsche Gesellschaft gerade für ihre Großzügigkeit. Dass Schulen bei uns nicht einfach Zuchtanstalten sind, dass eine Lehrerin dort einem Fünfzehnjährigen etwas zu sagen hat, dass es hier nicht nach Familienbeziehungen geht, sondern nach Leistung, dass freies Denken zählt – all das ist vielen Zuwanderern völlig fremd. Zu Elternabenden erscheint kein Mensch. Das Konzept Schularbeiten oder Frühstück ist vielen unbekannt.

Wenn diese Tatsachen einmal beim Namen genannt werden, auch von Migrantenverbänden und der Integrationsministerin, wäre man schon ein Stück weiter. Ein Problem der bisherigen Integrationspolitik war, dass sie praktisch ausschließlich auf Frauenintegration ausgerichtet war. Es muss aber gelingen, den arabischen Familienvater dazu zu bringen, seinem Sohn klar zu machen, dass es nicht in Ordnung ist, dem Schulkameraden zu fünft ein Handy wegzunehmen, auf ihn einzustechen oder eine Party im Jugendheim zu terrorisieren.

In der Tat, da steckt viel wahres drin. Allenfalls könnte man sich einmal mehr wundern, dass der Autorin der Rückschluss auf den naheliegenden Zusammenhang zwischen dieser so genannten „Kultur“ und der damit verbundenen, sie dominierenden „Religion“ nicht glückt. Ganz im Gegenteil, um sich ja nicht zu weit aus dem Fenster der scheinheiligen Gutmenschwelt zu lehnen, kehrt Frau Lau zügig auf den rechten Weg zurück. Naja, in diesem Fall, wohl eher auf den linken Weg.

Seine Mitwirkung wird man nicht gewinnen, wenn man diesem Pater Familias ständig nahe legt, dass seine Religion terroristisch ist und seine Idee von Familie von vorgestern. Wenn man erreichen will, dass auch in Neukölln Null Toleranz für Gewalt und Sachbeschädigung herrscht, wird man Polizei, Lehrer und Sozialarbeiter brauchen, die mit diesen Vätern zu arbeiten bereit sind.

Hättest Du geschwiegen, Du wärst ein Philosoph geblieben. Millionen von Menschen aus vielen verschiedenen Nationen und Kulturen sind nach Deutschland gekommen und Teil dieser Gesellschaft geworden – zumindest die meisten von Ihnen. Bei Muslimen jedoch scheint dies nicht zu funktionieren, und ein erschreckend hoher Anteil Einwanderer aus islamischen Ländern verweigert sich vollkommen jeglicher Integration – zumindest jene, die über das Kassieren von Unterhalt hinaus geht. Wie man den offensichtlichen Zusammenhang zwischen „Gewalt und

Sachbeschädigung“ einerseits und der aggressiven und intoleranten Natur des Islam andererseits verkennen kann, bleibt eines der großen Mysterien unserer Gesellschaft.

Diese Probleme jedoch mit noch mehr Polizei, Lehrern und Sozialarbeitern lösen zu wollen, erscheint geradezu töricht. Gerade von letzteren haben wir wohl genug! Wie viele Handys müssen noch gestohlen werden, wie viele Kinder abgestochen, bis der Staat sich endlich seiner Verantwortung bewusst wird, und unser Volk vor dieser Gewalt geschützt? So lange jedoch Diebstahl und Knochenbrüche mit Sozialstunden und Gelaber bestraft werden, und nicht mit Knast und Ausweisung, wird sich daran wohl niemals etwas ändern!

Doch leider fehlt großen Teilen unserer Gesellschaft wohl entweder das Wissen oder das Rückgrat oder der Anstand oder vielleicht auch alles auf einmal, um diese Tatsachen klar zu benennen. Exemplarisch dafür steht die Umfrage, die Welt Online auf der Seite mit Frau Laus Kommentar geschaltet hat. Ob Regierung und Bevölkerung genug tun, um die Integration von Migranten zu fördern, wird da gefragt. Na, Herzlichen Glückwunsch – ohne Worte!

(Gastbeitrag von Marco)

Verdächtige Passagiere auf Todesflug AF447



Nachdem vor den Wahlen wildeste Blitz-Theorien gezielt in Umlauf gebracht wurden, um die Öffentlichkeit bloß nicht auf die Idee kommen zu lassen, ein islamischer Terroranschlag hätte zum [Absturz des Air France Airbus](#) Flug 447 über dem Atlantik geführt, und man den Flugzeughersteller wegen angeblich plötzlich festgestellter technischer Mängel als in der gegenwärtigen Wirtschaftskrise sehr angreifbaren Sündenbock an den Pranger stellte, kommt eine viel plausiblere Erklärung ans Licht: Zwei Passagiere hatten [angeblich Terrorverbindungen](#).

Gewisse Eurokraten hätten vor der Wahl lieber die Airbus-Industrie, an der Tausende europäischer Arbeitsplätze hängen, untergehen lassen, als Moslemterror zugeben zu müssen.

Sowohl *Bild* wie auch *Welt* berichten heute über die verdächtigen Passagiere, von denen *Sky News* von französischen Geheimdienstquellen [erfahren hat](#). Die [Bild fragt](#) unter Berufung auf die französische Zeitung [L'Express](#) und die britische [Sun](#): War die Katastrophe womöglich doch ein Terror-Anschlag?

Die Verdächtigen sollen in Verbindung mit radikalen Moslems stehen, stellen angeblich eine Bedrohung für die Französische Republik dar, heißt es bei „The Sun“.

Eine Quelle, die für den französischen Geheimdienst arbeitet, sagte der französischen Presse, dass dieser Hinweis eine „große Bedeutung“ habe.

Bereits vor der Katastrophe über dem Atlantik soll es

Bombendrohungen gegen Air France gegeben haben.

Die Agenten versuchen nun, die Geburtsdaten der toten Terrorverdächtigen herauszufinden und die Familienverbindungen zu ermitteln.

Es gebe zwar die Möglichkeit, dass die Namensgleichheit ein „makaberer Zufall“ sei, erklärte die Quelle, dennoch würde die Entdeckung „sehr ernst genommen“.

Ein Terrorakt als Unglücksursache wurde von den Ermittlern bisher nicht ausgeschlossen. Allerdings sind inzwischen technische Probleme des Airbus in den Fokus gerückt.

In den vergangenen Monaten hatten islamistische Terrorgruppen mehrfach Bombendrohungen gegen Frankreich ausgesprochen. Vor allem, seitdem das Land Truppen in den Kampf nach Afghanistan geschickt hat.

Die Welt berichtet [etwas skeptischer](#):

„Allerdings haben die Dienste bisher nicht klären können, ob es sich bei den Passagieren tatsächlich um Terrorverdächtige handelt – oder um zwei Fälle zufälliger namentlicher Übereinstimmung.“

Sie ergänzt ihren Beitrag mit einer Chronik schwerer Flugzeugunglücke der vergangenen Jahre.

Sky News Video von den Bergungsarbeiten:

[flash

<http://static1.sky.com//feeds/skynews/latest/flash/carousel/ACT%20BB%20WE%20V7%20AIR%20FRANCE%20CRASH%20BODY%20CARRIED%20AWAY%20ON%20STRETCHER%20FROM%20HELICOPTER.flv>]

(Spürnasen: Le Saint Thomas, Spurzel, Seelenschwarz, Alex P. und pinchador)

Berliner Gymnasien bald eine Lotterie



In Berlin soll künftig bei einem Teil der Schüler das Los entscheiden, ob sie das Gymnasium besuchen dürfen oder nicht. In Berlin haben Eltern die Möglichkeit, ihr Kind auch entgegen der Lehrerempfehlung auf eine höhere Schule zu schicken, entweder in eine Sekundarschule, in der das Abitur nach 13 Jahren gemacht werden kann, oder ein Gymnasium mit Abitur nach 12 Jahren. Darüber hinaus sollen, um „soziale Inseln“ der Reichen zu vermeiden und eine bessere „Durchmischung“ an Gymnasien zu erreichen, Eltern aus benachteiligten Bezirken künftig auch die Schule wählen können.

Mit anderen Worten: Man will vermeiden, dass Kinder wohlhabender Eltern, die in vornehmeren Gegenden wohnen, auch zukünftig Schulen mit niedrigem Migrantenanteil besuchen können. Notfalls wird man [eben zugelost](#).

Ein Teil der Plätze an Gymnasien soll über Losverfahren vergeben werden. Uneinigkeit herrscht nur über die Anzahl. Geeinigt hatte sich die rot-rote Koalition auf 50 Prozent, nun votierte die SPD-Fraktion für 25 Prozent.

Lostopf statt Leistungsprinzip – das neue Konzept der Linken

für die „Förderung“ des (zugewanderten) Nachwuchses. Lehrer warnen im Interesse der Kinder davor, noch mehr Schüler mit Realschulempfehlung aufs Gymnasium zu schicken:

„Der Philologenverband lehnt jede Art von Quotenregelung ab – auch zehn Prozent der Kinder ins vorprogrammierte Scheitern zu schicken – ist unredlich und falsch.“ Ein Losverfahren sei leistungs- und kinderfeindlich, ungerecht, zutiefst unpädagogisch und nehme zynisch das Scheitern von Kindern in Kauf. „Wer aber in der Schulpolitik bewusst mit dem Scheitern von Kindern spielt, hat jede Glaubwürdigkeit verloren“, so der Bundesvorsitzende des Philologenverbandes Meidinger.

Die Befürworter argumentieren, ~~Migranten~~ Kinder aus der Unterschicht würden durch das bestehende System benachteiligt:

Immer häufiger werden Fälle bekannt, bei denen Kinder aus der Unterschicht gegenüber Kindern aus reichen Familien, obwohl sie die gleichen Noten haben, benachteiligt werden, berichtet „Spiegel-Online“ im November 2008. Dies liege am sozialen Status und der Bildung der Eltern. Außerdem legt eine Studie offen, dass auch Jungs im deutschen Schulsystem benachteiligt sind. Mädchen erhalten bei gleichen Noten häufiger eine Gymnasialempfehlung.

(Spürnase: Rudi)

**ZDF gesteht falschen
thematischen Bezug ein**



[Vor zwei Tagen](#) berichteten wir über die Sendung “ZDF-Spezial – Europa hat gewählt”, in der die Assoziation geweckt wurde, der Vorsitzende der niederländischen PVV, Geert Wilders (Foto), hätte durch seinen Film Fitna den Tod von Theo van Gogh zu verantworten. Viele PI-Leser haben daraufhin an das ZDF geschrieben und erhielten folgende standardisierte Rückantwort:

Sehr geehrte/r ...,

vielen Dank für Ihre E-Mail an das ZDF.

Im „ZDF spezial: Europa hat gewählt“ am 8. Juni ist unter anderem über den überraschenden Wahlerfolg des rechtskonservativen Politikers Geert Wilders berichtet worden. Dabei wurde, worauf Sie zu recht aufmerksam machen, ein falscher thematischer Bezug gesetzt. Erwähnt wurde der Film „Fitna“ von Geert Wilders, gezeigt wurden aber Szenen, die aus „Submission“ stammen, einem Film von Theo van Gogh aus dem Jahr 2004, der seinerseits heftige Reaktionen und Diskussionen in der niederländischen Öffentlichkeit auslöste.

Der verantwortliche Redakteur hat uns dazu wissen lassen, dass es ihm darauf ankam, die Provokation, das Spaltende und Polarisierende auf allen Seiten darzustellen. Diese Absicht und Wirkung ist aber genau das, was die beiden Filme charakterisiert. Und genau das ist auch gemeint gewesen, als er von „Intoleranz mit schlimmen Folgen“ sprach und als vergleichendes Beispiel für das vergiftete gesellschaftliche Klima des Landes die Ermordung Theo van Goghs nannte.

Kronzeuge für diese Sicht der Dinge ist der niederländische Premier Peter Balkenende, der mit Blick auf „Fitna“, das übersetzt für „Zwietracht, Aufruhr und Heimsuchung“ steht, sagte, er könne nicht ausschließen, dass der Wilders-Film Menschenleben kosten würde. „Ein Anschlag ist direkt die Schuld des Terroristen, aber der hat dann seine Legitimation in dem gefunden, über das wir sprechen. Man kann das eine nicht losgelöst vom anderen sehen. ... Meine Sorge ist, dass die ganze Psychologie um den Film ihre eigene Wirklichkeit kreiert.“

Geert Wilders nun aber im Nachhinein für den Tod van Goghs verantwortlich zu machen, würde als Schlussfolgerung eindeutig zu weit gehen. Unstrittig ist allerdings, dass, wie im „ZDF spezial“ berichtet, gegen Wilders wegen Volksverhetzung ermittelt wurde und er in London genau wegen dieses Vorwurfs festgenommen und die geplante Aufführung seines Films dort verhindert wurde.

Auch NATO-Generalsekretär Jaap de Hoop Scheffer sah „Fitna“ als eine Gefahr für die NATO in Afghanistan und der syrische Großmufti Scheich Ahmad Badreddine Hassoun warnte in einer Rede vor dem Europaparlament vor einem „Blutvergießen“, das der Film auslösen könne.

Ihre Korrektur unserer aktuellen Berichterstattung haben wir schließlich gerne der verantwortlichen Redaktion mitgeteilt. Ihre Stellungnahme wird außerdem als Teil der Zuschauerresonanz festgehalten und trägt dazu bei, die weitere Programmarbeit des ZDF zu diskutieren und zu bereichern.

Wir danken für Ihren kritischen Blick und freuen uns, wenn Sie auch weiterhin zu unseren interessierten Zuschauern gehören.

Mit freundlichen Grüßen
Stefanie G.
ZDF, Zuschauerredaktion



Libyscher Kamelhandel mit teuren Mietwagen



Ein 34-jähriger Libyer hat Ende Mai im süddeutschen Raum (Singen) und in der Schweiz (in Zug, Luzern, Schaffhausen und Zürich) acht teure Autos mit Automatikgetriebe – darunter ein silberner Mercedes und ein Audi A5 – gemietet und ist dann mit ihnen [auf Nimmerwiedersehen](#) verschwunden. Die mit der Kreditkarte beglichene Mietbeträge für jeweils eine Woche wurden zwar abgebucht, waren dann hinterher aber auch gleich der „Kaufpreis“, da die Wagen nicht zurückgebracht wurden.

(Spürnase: Sonar)

Optiker-Deko mit Papst, Babyklappe & Kondomen



Ein Münchner Optiker-Geschäft dekoriert derzeit auf eine sehr „krasse“ Art und Weise seine Schaufenster. KRASS Optik, der Name ist wohl Programm, stellt eine Papst Benedikt-Puppe mit einem Kondom auf dem Finger aus – auf dem Boden vor ihm liegen aufgebrochene Kondompackungen und Babys. An der Scheibe ist eine Baby-Klappe angebracht, von der Decke hängen Kondome herunter.

PI-Leser „Deixter“ schreibt dazu:

Das ist wieder einmal ein trauriges Beispiel für die Geringschätzung der eigenen Religion und deren Vertreter. Dabei fußen doch die christlich-abendländischen Werte zu einem großen Teil eben auf dieser Religion. Eine ähnliche despektierliche Darstellung mit Mohammed findet man dagegen nie bis selten im christlichen Abendland, weil niemand den Islam beleidigen will. Welche Werte hat uns der Islam gebracht und mit welchem Recht verdient er diese größere Zurückhaltung wenn es um plumpe Beleidigungen geht? Hat das Geschäft keinen Respekt vor einem Würdenträger? Was hat die Werbung eigentlich mit Augenoptik zu tun? Wird hier eine persönliche politische bzw. weltanschauliche Ansicht

dargestellt ohne jeglichen Sinn zum verkauften Produkt?

Fotos vom Schaufenster:









Kontakt:

[KRASS Optik](#)

Tal 48

80331 München

Telefon 089/225141

Fax 089/29161281

tal@krass-optik.de

(Gastbeitrag von Deixter)



Bonner AStA gegen Extremisten



Es gibt auch erfreuliche Nachrichten: Der Allgemeine Studentenausschuss (AStA) der Universität Bonn (*Foto*) lässt sich, anders als ASten anderer Städte – besonders seien hier Köln, Bochum und Berlin erwähnt – nicht zum Handlanger linksextremistischer Gewalttäter machen. Hier versteht man sich noch als Interessenvertreter aller studierwilligen Studenten, die die Arbeit des Gremiums mit Zwangsgebühren finanzieren müssen.

Wenn in dieser Woche bundesweit linksextreme Verfassungsfeinde mit teils gewalttätigen Aktionen die Freiheit von Lehre und Forschung in Deutschland im Rahmen eines sogenannten „Bildungsstreiks“ angreifen, wird der AStA der Bonner Universität – leider eine Ausnahme in der deutschen Hochschullandschaft – sich nicht beteiligen. Denn die Bonner Studentenvertreter wollen nichts mit den von Linkspartei, Grünen und Gewerkschaften angezettelten und gesteuerten Krawallen zu tun haben.

In Bonn hat man gute Erfahrungen damit gemacht, anstehende

Probleme im kollegialen und demokratischen Diskurs mit Professoren und Verwaltung einvernehmlich zu lösen. Ganz ohne Krawalle und zum Wohle besonders derjenigen Studenten, die es sich nicht leisten können, jahrelang auf nutzlose Abschlüsse zu studieren und Mitstudenten und Steuerzahlern auf der Tasche zu liegen, während man sich selbst dem Kampf gegen Rechts und der Zerstörung der Wohlstandsgesellschaft widmet, die all das erst ermöglicht hat. In einer [öffentlichen Stellungnahme bemerkt der Bonner AStA](#) zu den anstehenden Aktionen linker Störer in der kommenden Woche:

Für die nächste Woche plant die SSKBJB in Bonn Aktionen im Rahmen eines bundesweiten Bildungsstreiks, der im ganzen Land Schüler und Studenten auf die Straße bringen soll. Und gleichzeitig hinter einen diffusen Forderungskatalog – von kleineren Klassen bis hin zur Enteignung von Banken ist alles dabei.

Der Allgemeine Studierendenausschuss der Universität Bonn distanziert sich von diesem Politikansatz. Eine „Einheitsfront“ zu bilden mit vom Verfassungsschutz beobachteten Extremisten ist für die ehrenamtlichen Studierendenvertreter unvorstellbar. Der bewusste Verzicht auf eine Abgrenzung gegenüber Gewalt und Gewalttätern diskreditiert jeden inhaltlichen Ansatz. Außerdem ist ein Streik in Sachen Bildung keine zielfördernde Form der Auseinandersetzung.

„Ja, es gibt Schwächen in der Bildungspolitik“, stellt der Vorsitzende des Allgemeinen Studierendenausschusses Wolfgang Schoop fest, „die Auseinandersetzung damit ist berechtigt. Allerdings muss sie konstruktiv, demokratisch und gewaltlos sein.“

Mitveranstalter des Bildungsstreiks sind neben Organisationen des demokratischen Spektrums auch die „Sozialistische Alternative“, die „Rote Antifa“, das „Revolutionär Sozialistische Forum“ und die „Sozialistische Deutsche

Arbeiterjugend“, die genau wie die NPD vom Verfassungsschutz beobachtet wird. Schoop weiter: „Wer linke Chaoten, die nur auf Krawall aus sind, mit ins Boot holt und zu Partnern macht, diskreditiert jeden inhaltlichen Ansatz.“ Beim Streik im letzten Jahr war es unter anderem zu der Verwüstung einer Ausstellung jüdischer NS-Opfer an der Humboldt-Universität gekommen.

Auch ob ein Streik wirklich eine angemessene Form der Auseinandersetzung ist, wird im Allgemeinen Studierendenausschuss diskutiert: „Statt zu streiken, sollte man lieber konstruktive Gespräche mit Hochschulleitung und Politik suchen. Der AStA ist da in den letzten Wochen auf offene Ohren gestoßen. Das gerade erst ins Amt gekommene Rektorat ist eindeutig Partner bei der Gestaltung einer exzellenten Lehre und nicht Gegner“, Schoop weiter.

„Die inhaltliche Auseinandersetzung muss man allerdings ernst nehmen“, meint Schoop zum Abschluss, „Wir laden jeden ein, sich in die Fachschaften, die akademischen Gremien und den AStA einzubringen und mitzudiskutieren. Konstruktiv, demokratisch und gewaltfrei. Das bedeutet viel Arbeit, aber es bringt um ein Vielfaches mehr als ein Streik gemeinsam mit dubiosen Linksaußen-Gruppen.“

Das kann man nur unterschreiben. Vor allem: Ein verstärktes hochschulpolitisches Engagement der großen Mehrheit der lernwilligen Studenten würde dem Missbrauch der Studentenvertretung durch linksextremistische Feinde der Freiheit – nicht nur in Forschung und Lehre – einen Riegel vorschieben. Deren Minderheitsmacht basiert nämlich nur auf dem Desinteresse und der Wahlenthaltung der großen Mehrheit der Studierenden. Bleibt zu hoffen, dass wenigstens in der ehemaligen Bundeshauptstadt die Studenten in der kommenden Woche linken Störenfrieden nachdrücklich die Türe weisen.

» info@asta.uni-bonn.de

Atheisten-Bus in Österreich gestoppt



Nachdem die von [England ausgehende Aktion](#) der „Es gibt ... keinen Gott“-Busse (Foto) in der Schweiz am [Widerstand der Bevölkerung](#) scheiterte, aber in Deutschland die Straßen von Köln, München und Berlin [bereichern darf](#), wollten die Initianten ihre [„Mission“ auch in Österreich](#) fortsetzen. Doch bei den [„Wiener Linien“](#), ist dafür Bahnhof. Sie wollen überhaupt „keine Werbung für politische Parteien oder religiöse Glaubensgemeinschaften“ auf ihren Fahrzeugen.

Die Atheisten sind empört, dass ihre „Mission“ als religiöse Werbung [eingestuft wird](#):

„Zu sagen, dass es höchstwahrscheinlich keinen Gott gibt, kann man ja wohl kaum als religiöse Werbung bezeichnen“, entgegenen die Kampagnen-Organisationen AG-ATHE (Atheistinnen und Agnostikerinnen für ein säkulares Österreich), AHA (Allianz für Humanismus und Atheismus) und Freidenkerbund Österreich. „Die Gewista, bei der die Flächen gebucht waren, hatte keine Einwände. Aber kaum sehen die Wiener Linien die Sujets, bekommen sie kalte Füße“, kommentiert Erich Eder (AG-ATHE) die Entscheidung.

Martin Luksan vom Freidenkerbund: „Es ist für uns eine traurige Überraschung, dass man in Wien genau so reagiert wie

in Deutschland oder Italien. Offenbar ist die Stadt doch noch nicht so weit, wie wir geglaubt haben sondern fürchtet sich vor einer Diskussion“. Und Karl Linek von der Allianz für Humanismus und Atheismus (AHA) fragt sich: „Warum soll in Wien unmöglich sein, was in London oder in Madrid kein Problem war?“.

Dagegen könnte man sagen, dass mancher Atheist in seinem Denken viel ideologischer und dogmatischer ist und weniger andere Meinungen gelten lässt als viele, die sich in einer (zumindest nicht islamischen) Religionsgemeinschaft befinden.



Außerdem wurde auch schon christliche Werbung, die nur zum denken anregen sollte und nicht missionarisch war, aus den gleichen Gründen bereits verboten, so [kürzlich geschehen in Bern](#) für ein Plakat der Zeitung [reformiert](#) (Foto l.). Die Berner Verkehrsbetriebe hatten den Schweizer Atheisten zu Beginn des Jahres ebenfalls untersagt, in ihren Fahrzeugen Plakate zu installieren.

(Spürnase: Melanie V.)

Kirchennovela: Feng Shui für

Kirchenbesatzer



Neue Folge der [Kirchennovela aus der Brorson-Kirche](#) (Foto) in Kopenhagen, die wohl für die Dhimmitude in ganz Europa oder besser der EU exemplarisch ist. Die nun auf 70 bezifferten irakischen Ausreiseunwilligen werden zumindest bis Mitte August in der Kirche verweilen, da dann erst der Gemeinderat der Kirche über das weitere Schicksal der durch mehrere Instanzen (unter anderem wegen Kriminalität) abgelehnten Asylbewerber aus dem Irak befinden wird.

Unterdessen werden die Kirchenbesatzer bestens versorgt durch die eigentlichen Veranstalter dieses zeitlich unbegrenzten Happenings: Den Unterstützern beziehungsweise den Organisationen, die das schon seit Dezember 2008 geplant haben.

Erstmal ganz aktuell die Wunschliste der Veranstalter für ihre Schützlinge in der Kirche:

Sechskant-Schlüssel

Trainingsgeräte (darunter Gewichtshanteln)

10 Kg Reis

Kaffee

Zucker

Großer Abfalleimer

Großes Sofa

Toilettenpapier

Küchenrollen

Olivenöl

Fahrräder

Zigaretten

CD-Rohlinge

Filzstifte

Elefantsnot (Kleber)

Socken

Elektrische Birnen mit großer Fassung

Lichterketten

Bleistiftanspitzer

Schreibblock

Im Augenblick ist genügend Kinderkleidung und Spielzeug vorhanden.

Die Adresse, falls jemand spenden möchte (zum Beispiel die Antifa Köln?), [finden Sie hier](#) – Dänen verstehen meist sehr gut deutsch oder englisch.

Inzwischen hat auch die Feng Shui-Spezialistin Lita Fridolin mit dem "Bewohner" Hajar Jaaf die Kirche inspiziert, um Aufschlüsse darüber zu erhalten, wie der [Aufenthalt für die Besatzer in der Kirche noch angenehmer](#) gestaltet werden kann.



Ein Brief von bekannten und klugen Dänen wurde öffentlich, der an die Asyl-Moralisten gerichtet war. In dem Schreiben werden die Unterstützergruppen auf die Konsequenzen ihrer vermeintlich idealistischen Aktionen hingewiesen. Darin heißt es, verkürzt übersetzt:

“Die Aktion, die monatelang genau geplant wurde, plädiert dafür, dass ein Extra-Gesetz wie das “Palästinenser-Gesetz” angenommen werden soll, das 1992 420 abgewiesenen Palästinensern nach einer gleichartigen Kirchenaktion Asyl verschaffte. Wir erlauben uns, auf einige langfristige Konsequenzen hinzuweisen, die ein neues Gesetz mit sich führen würde. Wie bekannt, wurden die Anliegen aller abgewiesenen irakischen Asylsuchenden längst individuell und gründlich nach geltendem dänischen (und internationalem) Recht behandelt mit dem Ergebnis, dass sie als Asylanten nicht anerkannt werden konnten. Diese Entscheidung wollten diese Iraker nicht respektieren, und sie haben Unterstützung gefunden durch einen Menschenkreis, der augenscheinlich die offizielle dänische Flüchtlings- und Asylpolitik mit der dazugehörigen Gesetzgebung nicht akzeptiert, und die mit ihren Aktionen die Entscheidungen der dänischen Behörden revidieren wollen.

Mit der letzten Ausweisungsabsprache (mit Irak) ist die Zeit nun nicht nur für die abgewiesenen Iraker, sondern auch für die Unterstützergruppen abgelaufen. Diese sollten erkennen, dass ihre idealistischen Aktionen alles andere als mitmenschlich waren. Die falsche Hoffnung, die die Unterstützungsaktionen so gedankenlos den Asylsuchenden vermittelt haben, verhinderten, dass diese Familien in Übereinstimmung mit der Realität handeln und Verantwortung für ihre eigene Situation übernehmen konnten, indem sie sich in Ruhe und Ordnung auf das Leben in ihrem Heimatland einstellen konnten.

Alle vernünftigen Menschen wissen selbstverständlich, dass ein “Extragesetz” nach dem anderen nicht möglich ist in einem demokratischen Rechtsstaat, weil sonst der Teppich vollständig unter seiner Autorität weggezogen würde, die ein Funktionieren des Rechtsstaats garantiert.

Wohl deshalb haben die Unterstützergruppen ihre Argumentation ergänzt, indem sie auf verschiedene internationale

Konventionen hinweisen: UN-Anweisungen, Amnesty International, ja sogar die Reiseempfehlungen des Außenministeriums für Dänen.

Hiermit versucht man die ganze Flüchtlingsfrage von der eigentlichen politischen Arena weg zu einer Art übergeordnetem universellen Gerechtigkeitsdenken zu verlegen, womit man dann jederzeit eine demokratische und nationale Flüchtlingsgesetzgebung übertrumpfen kann.

In einer merkwürdigen Weise ähneln sich die beiden Gruppen: beide, die Asylsuchenden und die Unterstützergruppen, leiden augenscheinlich hochgradig unter einem Wirklichkeitsverlust und einer Grenzenlosigkeit, wo der eine dem – allzu willigen – anderen weismachen will, dass es keine Grenzen gibt, und dass Gesetze umgangen werden können, wenn man sie leugnet und lange genug protestiert.”

Unterschrieben haben Kirsten Sarauw, Pastorin, Autorin und Psychotherapeutin; Kai Soerlander, Philosoph und Autor; Torben Snarup Hansen, Historiker; Lone Noergaard, Lektor cand. Mag.

Oben gemeinte Organisationen haben unter anderem die Gefährlichkeit von Reisen in den Irak benannt. Nun stellt sich heraus, dass die Flüge nach Bagdad ständig ausgebucht sind. [Iraker machen sehr gerne Urlaub im Irak](#). Dreimal in der Woche gibt es alleine in Schweden Flüge in den Irak.

Nun muss man noch die Unterstützergruppen aufzählen, derer nicht wenige von der EU mitgetragen werden:

The Parsons Initiative (88 Pfarrer unterstützen die Kirchenbesatzung)

Asylum Now

Grandparents for asylum (Großeltern für Asyl)

Danish Refugee Council

The Refugees Underground Committee

SOS Against Racism, Denmark (überall in der EU vernetzt mit

*Verbindungen zu Überwachungskommissionen wie ECRI und EUMC)
Citizens for a Decent Denmark (Bürger für ein anständiges
Dänemark)*

Amnesty

Institute for Human Rights

Committee for Ethnic Equality

Documentation and Advisory Center On Racial Discrimination

Lawyers`Association for Asylum and Immigration Law

Über einzelne Netzwerke mit Erkennungswerten mehr in der nächsten Folge. Zum Abschluss noch eine moderne "Diskussion" mit einem Iraker in der Brorson Kirche. Man sagt, dass sie gar nicht mehr die arabische Sprache beherrschen...

(Gastebeitrag von Alster)

Kostenlos! Solarien für Muslimas



Mit Besorgnis wird im Bundesministerium für Gesundheit die Zunahme von Knochenerweichung und anderen Vitamin D-Mangelerkrankungen bei Frauen aus islamischen Kreisen registriert. Die oftmals stark verhüllten Bürgerinnen sind zu wenig dem Sonnenlicht ausgesetzt, wodurch die Bildung des lebenswichtigen Vitamins in der Haut stark leiden kann.

Die Folge: Durch einen mangelhaften Einbau von Mineralstoffen kommt es zur Erweichung und Verbiegung der Skelettknochen. Erste Beschwerden können sich bereits beim Treppensteigen bemerkbar machen.

Die bisherige Lösung, den betroffenen Frauen Vitamin-D zu verschreiben, wird neuerdings von der Bundesministerin abgelehnt. Ihr Sprecher äußerte, die Ministerin weigere sich, die imperialistisch-kapitalistischen Hegemoniebestrebungen der profit-orientierten Krankenkassen zu unterstützen, die am Verkauf von Vitaminen an die notleidende Bevölkerung einseitig profitieren würden. Hier zeichnet sich offenbar ein Paradigmen-Wechsel des Ministeriums ab, denn bereits vor einigen Tagen hatte die Frau Ministerin staatliche Finanzspritzen für in Not geratene Krankenkassen strikt abgelehnt!

Statt dessen gibt es völlig neue Ansätze der nach wie vor in Bonn ansässigen Denkfabrik. „Wir planen die Einrichtung von speziellen Solarien nur für gläubige Muslimas“, erklärte die Ministerin Ulla Schmidt-Ochsenfrosch (Foto) heute morgen auf einer Pressekonferenz. „Um eine hohe Akzeptanz zu erzielen, benötigen wir niedrigschwellige Angebote.“ Das bedeutet im Klartext: Der Besuch der Solarien muss kostenfrei sein. Und damit die Frauen sich ungestört von Männeraugen entblößen können, dürfen in den Solarien nur Frauen beschäftigt werden. Ob es notwendig sein wird, die Lichtliegen nach Mekka auszurichten, wird zur Zeit noch mit Experten des Islamischen Rates diskutiert.